



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

E/XIV/79 - 8. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Das Ende der Ära Adenauer Der Bundeskanzler hinterläßt eine schwere Erbschaft	75
2 - 3	Gefahren für die deutsche Publizistik Zur Entlassung Fritz Sängers	68
4 - 5	Ulbrichts Dolchstoß gegen den Deutschland-Plan Von Herbert Wehner, MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD	105
7 - 9	Katastrophale Entwicklung der Straßenbaufinanzierung Von H.G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses	95

\* \* \*

\* \*

### Das Ende der Ära Adenauer

sp - Der Nachfolger des Bundespräsidenten Prof. Theodor Heuss soll nach dem Willen der CDU Dr. Konrad Adenauer heissen. Diese Entscheidung fiel am Dienstag, dem 7. April und sie kann wohl beanspruchen, historisch genannt zu werden. Der Bundeskanzler Adenauer erwies sich entgegen seinen sonstigen Gepflogenheiten diesmal nicht als die treibende Kraft; man weiss, wie heftig er sich noch vor wenigen Wochen, als die Diskussion um die Nachfolge Heuss' begann, dagegen sträubte, den Stuhl des Bundeskanzlers mit dem des Bundespräsidenten zu vertauschen. Er hielt sich unentbehrlich als verantwortlicher Lenker der Bundesregierung, er hat wiederholt die Befürchtung geäussert, mit seinem Abgang aus der aktiven Politik ein Chaos zu hinterlassen. Die Nominierung Carlo Schmid als Kandidat der Opposition zwang die CDU/CSU, ihre von peinlichen Begleiterscheinungen gezeichnete Suche nach einem geeigneten Kandidaten aufzugeben und nun den Mann zu nominieren, von dem sie annimmt, er werde glatt über die Hürde der Bundespräsidentenwahl kommen.

Der bevorstehende Abgang Adenauers als Bundeskanzler kennzeichnet das beginnende Ende der Ära Adenauer. Sie fällt zusammen mit der grössten Bedröhung, der sich das deutsche Volk seit dem Zusammenbruch von 1945 ausgesetzt sieht, nicht ohne Mitschuld einer Politik, zu deren Architekten der Bundeskanzler gehört. Der 83-jährige Dr. Adenauer hat sich in seiner zehnjährigen Kanzlerschaft immer wieder darauf berufen, es sei ihm gelungen, das Vertrauen des Westens zu gewinnen, er habe es verstanden, das deutsche Volk aus den Tiefen seiner Niederlage herauszuführen und ihm wieder internationale Geltung und Achtung zu verschaffen. Dass es sich hier nur um einen Teil, wenn auch den grösseren Teil unseres Volkes handelt, und dass die enge militärische Anlehnung an das Bündnisystem der Westmächte mit der Vertiefung der Spaltung erkauft wurde, darüber breiteten er und seine Bewunderer, wo es nur ging, den Mantel des Schweigens. Am Ende seiner Kanzlerschaft steht heute eine spürbare, in bitterem Brüdwoonnel sich niederschlagende Verstimmung mit den Briten, eine in ihrer Tragweite noch nicht abzuschätzende Abkühlung im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten; allenthalben regt sich der Gedanke nach einer grösseren Anpassung an die tatsächliche Lage, wie wir sie heute im Frühling 1959, als Folge auch der

vom Bundeskanzler verfolgten Politik vorfinden. Gerade die wachen und der Zukunft zugewandten Geister verspüren die Notwendigkeit, einer neuen Situation mit neuen Mitteln zu begegnen; sie wissen, das Sich-treiben-lassen birgt unendliche Gefahren.

In Washington bekümmern sich die westlichen Aussenminister um eine neue Plattform. Die stärksten Widerstände gegen die Lösung der bisherigen Starre kamen aus Bonn. Adenauer und sein profilloser Gehilfe von Brentano wollen von Disengagement, von Bemühungen, dem neu entbrannten Konflikt um Berlin und Deutschland durch die Ausarbeitung einer neuen Politik die Schärfe zu nehmen, nichts wissen. Sie schossen quer und nahmen dabei die unverhohlene Misstimmung Grossbritanniens in Kauf. Das kann nicht ohne Rückwirkungen bleiben. Welch ein Wahnwitz, zu glauben, der gesamte Westen würde sich von Bonn an die Leine nehmen lassen, Welch ein Wahnwitz des Bundeskanzlers, zu glauben, er könne nach allem, was in den letzten Monaten geschehen ist, Ereignisse und Entwicklungen immer noch so bestimmen, wie zu Beginn dieses Jahrzehnts! Damals befanden sich seine Vorstellungen in völliger Übereinstimmung mit der Deutschland-Politik der Westmächte - heute aber wird sein Beharren auf diesen Vorstellungen als Hemmnis der politischen Ziele der Verbündeten empfunden. Ein Syngman Rhee genügt dem Westen; er hat nicht das Bedürfnis, einen zweiten in seine Vergangenheit verstrickten Mann im gefährlichsten Abschnitt des Weltkonfliktes zwischen West und Ost wirken zu sehen.

Indem die CDU sich nun Adenauers als Bundeskanzler entledigt und Raum für Entfaltungsmöglichkeiten ihrer Führungskräfte gibt, befreit sie sich von einem Druck, unter dem sie leidet, wenngleich sie dies, verständlicherweise, nicht offen aussprechen wird. Das Gewicht dieses Mannes als CDU-Chef und Bundeskanzler erdrückt alle eigenständigen Regungen innerhalb der grössten Regierungspartei; es pervertierte die "Regierung" zu einem Ein-Mann-Unternehmen. Wer immer auch der neue Bundeskanzler sein mag - der Kampf der Diadochen hat schon begonnen - er wird es mit Strömungen und Tendenzen innerhalb der CDU zu tun bekommen, die zum offenen Ausbruch drängen werden. Vielleicht wird von Brentano als Aussenminister über die Klinge springen müssen, hat er sich doch voll mit einer Haltung und mit Methoden identifiziert, die uns - aussenpolitisch gesehen - ein Irkümerfeld hinterlassen haben. Das Ende der Ära Adenauer verlangt nach neuen Männern und Ideen, verlangt eine gründliche und für die Beteiligten gewiss sehr schmerzliche Überprüfung der bisherigen Bonner Wiedervereinigungspolitik. Die Politik des alten Mannes aus Rhöndorf, der nun vom Kanzleramt abtreten wird, hat sich festgefahren, sie hat ein beärgliches Gefühl von Unsicherheit und Unruhe hinterlassen, das in allen Teilen unseres Volkes zu spüren ist. + + + - 2 -

8. April 1959

### Gefahren für die deutsche Publizistik

sp - Der Aufsichtsrat der Deutschen Presseagentur (DPA) hat am Dienstag den langjährigen Chefredakteur der Agentur, Fritz Sänger, den Stuhl vor die Tür gesetzt, der mit seinem grossen journalistischen Können seit der Gründung der Agentur den Unternehmen im In- und Ausland den grossen Ruf und das Gepräge der Zuverlässigkeit gegeben hat. Fritz Sänger ist 56 Jahre alt, erfreut sich der besten Gesundheit und könnte nach menschlicher Voraussicht noch viele Jahre der grössten deutschen Presseagentur sein grosses Wissen zur Verfügung stellen. Er hat aber einen "Fehler": Fritz Sänger ist Sozialdemokrat. Aus dieser seiner politischen Einstellung hat er bei aller gebotenen Zurückhaltung, die ihm selbstverständlich in seiner Tätigkeit als Chefredakteur den überparteilichen Dpa auferlegt war, nie ein Hehl gemacht. Wenn man nach Gründen für die Entscheidung des Aufsichtsrates sucht, so wird man also nur diesen einen Grund finden, die Tatsache, dass sich Fritz Sänger zur Sozialdemokratie bekennt.

Demit erhält die Abberufung Fritz Sängers eine eminent politische Bedeutung. Bereits im Jahre 1952 wurde zum ersten Male der Versuch unternommen, Fritz Sänger auszuschalten. Wir sind im Besitz eines Briefes des ehemaligen Vorsitzenden des Vereins deutscher Zeitungsverleger e.V. und Aufsichtsratsmitgliedes der DPA, Dr. W. Jaenecke an Freiherrn Max von Besserer, der seinerzeit von den Unternehmervertretern in die Geschäftsführung geschleust worden war, um Fritz Sänger herauszudrängen. In diesem Brief heisst es u.a.:

"Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, dass der Sinn Ihrer Berufung doch letzten Endes der gewesen ist, in DPA stabile Verhältnisse zu schaffen und die politisch verfilzte und durch Ansprüche gewisser Persönlichkeiten beeinträchtigte Geschäftsführung zu normalisieren".

Und weiter:

- "Aber ein Ausweichen vor dieser Situation" - gemeint ist die beabsichtigte Ausschaltung Fritz Sängers -
- "würde bedeuten, dass Sie die uns voranschwebende Lösung nicht wollen oder sich nicht zutrauen".

Demals konnte sich Fritz Sänger durchsetzen. Freiherr von Besserer schied aus Gesundheitsgründen, oder weil er den Anforderungen, die die Unternehmervertreter im Aufsichtsrat der DPA an ihn gestellt hatten, nicht gewachsen war, aus.

Es folgte dann eine lange Periode von Versuchen, Fritz Sänger aus der DPA herauszudrängen, bis nun gestern der entscheidende Beschluss im Aufsichtsrat gefasst wurde.

Hier hat sich jetzt der Wille einer Gruppe von Unternehmervertretern durchgesetzt, einen wesentlichen Bestandteil der deutschen Publizistik im Sinne einer regierungstreuen Politik fest in die Hand zu bekommen. Man muss nämlich wissen, dass fast alle deutschen Zeitungen - und auch sehr viele Zeitungen im Ausland - das Nachrichtematerial der DPA als Grundlagestoff für die Gestaltung ihrer Redaktionsarbeit benutzen. Der sozialdemokratische Chefredakteur eines solchen Unternehmens müsste daher, auch wenn er sich noch so loyal verhielt, geopfert werden.

Damit hat man aber auch einen neuen Abschnitt in der deutschen Publizistik eingeleitet. Nach den Plänen derer, die Fritz Sänger zu Fall brachten, soll das Unternehmen künftig in einem Sinne geleitet werden, der gleichbedeutend mit der völligen Gleichschaltung der gröſsten deutschen Nachrichtenagentur auf die Regierungspolitik ist. Das ist der Dolchstoß in den Rücken der deutschen Publizistik, deren wichtigstes Nachrichteinstrument unter der redaktionellen Führung von Fritz Sänger bisher nach demokratischen Grundsätzen gearbeitet hat. Wir wissen schon seit langen, dass die strikte Einhaltung dieser Grundsätze durch den bisherigen Chefredakteur der DPA ein Dorn in den Augen zahlreicher prominenter Politiker der Regierungsparteien und nicht zuletzt der Regierung selbst war.

Die Einparteiherrschaft der CDU will sich jetzt auch in der deutschen Publizistik festsetzen. Sie will vor der Bundestagswahl 1951 rechtzeitig die entscheidenden Informationsmittel in die Hand bekommen - sie hat jetzt zugeschlagen und den Mann entfernt, der, loyal und den Prinzipien der Demokratie treu, seine Tätigkeit ausübte.

Ulbrichts Dolchstoß gegen den Deutschland-Plan

Von Herbert Wehner, MdB,  
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Sperrfrist: Donnerstag 0 Uhr

In der morgigen Ausgabe der sozialdemokratischen Wochenzeitung "Vorwärts" nimmt Herbert Wehner, MdB, mit folgendem Artikel zu dem Ulbricht-Brief an die SPD Stellung:

Im Namen der sowjetzonalen "Einheitspartei" hat Walter Ulbricht in einem elfseitigen Brief dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorgeschlagen, "die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften" und "die große Gemeinschaft aller Friedensfreunde" zu schaffen. Damit ist er seiner Gewohnheit treu geblieben, die Sozialdemokratische Partei aufzufordern, sich unter die Führung Ulbrichts zu begeben. Er hat zugleich eine bemerkenswerte "Wendung" vollzogen, indem er den Deutschland-Plan, den er bis zum Vortage seines Briefes durch Angehörige des Politbüros seiner Partei als "irreal und gegen die Interessen der Arbeiterschaft und des werktätigen Volkes gerichtet" beschimpfen ließ, nun dadurch zu torpedieren versucht, daß er ihn zum Gegenstand von Gesprächen zwischen SPD und SED "an einem Tisch" machen möchte.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hatte die Mitglieder und Freunde der SPD schon im März aufgefordert:

1. Nach bester Kräfte dazu beizutragen, Wortlaut und Geist des Deutschland-Planes überall bekanntzumachen und zu vertreten;
2. Entstellungen und Verzerrungen des Deutschland-Planes durch politische Gegner in der Bundesrepublik richtigzustellen und zurückzuweisen;
3. jeden Versuch zu machen, den Deutschland-Plan durch die Anbiederungsmasche der kommunistisch geführten sowjetzonalen SED zu diskreditieren.

Ulbrichts Dolchstoß gegen den Deutschland-Plan und die hässlichen Begleittexte, die sein Brief der journalistischen Gefolgschaft Adenauers entlockte, bekräftigen nur die Feststellung, die vom Vorstand

der Sozialdemokratischen Partei bei der Übergabe des Wortlauts des Deutschland-Planes an die Vertrauensleute der Mitgliedschaft getroffen wurde:

"Der Erfolg unserer Aktion hängt davon ab, daß die Sozialdemokratische Partei einheitlich und kämpferisch geschlossen vorgeht und allen offenen Angriffen wie geheuchelten Anbiederungsversuchen standhält. Auf jeden Sozialdemokraten kommt es an!"

Die Spalter von rechts und die Spalter von links, die Interessenten an der Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands diesseits und jenseits der Zonengrenze stimmen in einem Punkt überein:

Sie möchten verhindern, daß die mit dem Deutschland-Plan entfachte öffentliche Diskussion zu einer Revision der bisher von den Nutznießern der Spaltung Deutschlands heuchlerisch als "Wiedervereinigungs-Politik" ausgegebenen Politik der Zementierung der Teilung Deutschlands führt. Die Drahtzieher dieser Politik in Westeuropa leben von Ulbrichts Polizeistaatmethoden, weil sie ihnen den Vorwand dafür liefern, die Bevölkerung der Bundesrepublik in einen Angstzustand zu versetzen und damit eine Rechtfertigung der Politik der eingebildeten Stärke zu finden. Die Verantwortlichen dieser Politik im Osten schüren geradezu die Reaktion im Westen, weil sie eine Rechtfertigung ihrer eigenen separatistischen Politik brauchen. Weil ein wiedervereinigtes Deutschland weder eine Domäne des Großbesitzes noch eine vergrößerte Ausgabe des Polizeistaates DDR sein wird, stanno sie beide mit allen Kräften gegen den Versuch der Sozialdemokratischen Partei, den Weg zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit zu bahnen.

Es ist eine schwere aber ehrenvolle Aufgabe, an der jeder Sozialdemokrat nach Kräften mitzuwirken hat, in diesem kritischen Abschnitt des Ringens um die Wiedervereinigung Deutschlands die starrsinnigen Quertreiber der Nutznießer der Spaltung Deutschlands und der Spaltung der Arbeiterklasse Deutschlands zurückzuschlagen. Die Zeit dieser Quertreiber und Nutznießer der Spaltung läuft ab. Jeder Sozialdemokrat, der ihren Drohungen wie ihren Verlockungen standhält, wird einst das Verdienst haben, zum Bauvolk des neuen vereinigten Deutschlands und zu den Vorkämpfern der Einheit der Arbeiterklasse gezählt zu werden.

Ulbricht behauptet, die im Deutschland-Plan enthaltenen Vorschläge der SPD würden auf eine "Wiederholung der Fehler der Weimarer Republik" hinauslaufen. Er selbst aber konserviert durch seine Haltung, was die ehemalige Kommunistische Partei zum Scheitern der Weimarer Republik beigetragen hat. Er versucht, Deutschland als einen Brandherd fortgesetzter Konflikte geteilt zu erhalten.

Ulbricht sagt bloß eine halbe Wahrheit, wenn er schreibt, der Deutschland-Plan werde nur dann "reale Bedeutung erhalten, wenn in Westdeutschland die Kräfte die Oberhand gewinnen, die für die Verständigung eintreten". Die ganze Wahrheit ist, daß diese Kräfte der Verständigung bisher vor allem infolge des abschreckenden Beispiels, das Ulbricht liefert, durch die Kräfte der Reaktion daran gehindert werden, die Verständigung zustande zu bringen.

Ulbricht verdächtigt in seinem Brief die SPD, ihre Vorschläge zu einer allmählichen stufenweisen wirtschaftlichen und politischen Zusammenführung Deutschlands im Rahmen einer militärischen Entspannungzone sollten in Wirklichkeit den "Ausbeutungsbereich der westdeutschen Monopole" erweitern und "dienten nicht der Wiedervereinigung, sondern großkapitalistischen Interessen". Er kehrt damit die Verleumdung der Gegner der Wiedervereinigung in der Bundesrepublik einfach um, die behaupten, der Deutschland-Plan sei der Versuch der SPD, auf einem "Schleichweg" das sowjetzonale System auch in der Bundesrepublik zu etablieren. So verwandt sind die "Argumente" der Quartreißer gegen den Deutschland-Plan und der Nutznießer der Spaltung Deutschlands.

Der Deutschland-Plan kann weder von den Nutznießern der Spaltung im Westen, noch von den Nutznießern der Spaltung im Osten als Arbeitsgrundlage gebraucht werden. Er ist der ernsthafte Versuch der Sozialdemokratischen Partei, Vorschläge zur Diskussion zu stellen, die angesichts des Trümmerhaufens der offiziellen "Wiedervereinigungs-Politik" den zur Verständigung bereiten politischen Kräften in West und Ost Handhaben zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage . . . bietet. Die Sozialdemokratische Partei hatte nicht erwartet, daß Bundeskanzler Adenauer diese Vorschläge aufreißen werde. Der Brief Ulbrichts zeigt nur einmal mehr, daß auch der starke Mann der DDR nur nach Ausflüchten sucht, um an der Spaltung festhalten zu können.

Die zur Verständigung bereiten politischen Kräfte in West und Ost aber bleiben aufgeraffen, der Verständigung durch die Tat zu dienen.



### Katastrophale Entwicklung der Straßenbaufinanzierung

Von H.G. Ritzel, MdE, Mitglied des Haushaltsausschusses

Der vom Bundestag beschlossene Vierjahresplan für den bundesdeutschen Straßenbau erfordert rund acht Milliarden DM. Aus der Mineralölsteuer werden schätzungsgemäß im Jahre 1959 1970 Millionen DM erwartet, im Jahre 1960 2120 Millionen DM und im Jahre 1961 2280 Millionen DM. An diesen geschätzten Einnahmen ist der Kraftverkehr mit 1660 Millionen DM im Rechnungsjahr 1959, mit 1790 Millionen DM im Rechnungsjahr 1960 und mit 1930 Millionen DM im Rechnungsjahr 1961 beteiligt. Die Kraftfahrzeugsteuer soll im Rechnungsjahre 1959 1170 Millionen DM erbringen, im Jahre 1960 1260 Millionen DM und im Jahre 1961 1340 Millionen DM. Würden die sämtlichen Leistungen, die aus dem Kraftverkehr fließen, dem Straßenbau zugute kommen, dann wäre die Finanzierung des Vierjahresplanes kein Problem.

Durch die Haltung der Bundesregierung ist aber die Straßenbaufinanzierung bisher schon überaus problematisch gewesen und sie wird es immer mehr. Es ist keine Phantasie, angesichts der ständig steigenden Zahl von zugelassenen Kraftfahrzeugen und der großen Zahl von ausländischen Kraftfahrzeugen, die auf deutschen Bundesstraßen verkehren, von einem drohenden Chaos zu sprechen, vor dem die Öffentlichkeit und vor allem die auf den Fremdenverkehr angewiesenen deutschen Wirtschaftszweige in absehbarer Zeit stehen werden. In Verbindung damit muß sich zwangsläufig auch die Unfallquote und die Zahl der Verkehrstoten erhöhen. Ich habe schon vor Wochen darauf hingewiesen, daß sich die Bundesregierung erstaunlicherweise bis jetzt nicht entschlossen hat, eine kabinettereife Vorlage, die das Verkehrs- und Finanzministerium passiert hat und die als neues Straßenbaufinanzierungsgesetz gedacht ist, zu verabschieden. Diese Vorlage sollte die im Haushaltsentwurf der Bundesregierung erwarteten Deckungsmittel für Straßenbaue Ausgaben in Höhe von mehr als 490 Millionen DM zusätzlich bringen.

Es ist ein schwacher Trost, daß sich der Bundesfinanzminister bereit erklärt hat, die Hälfte dieser 490 Millionen in Form von

Bindungsermächtigungen bereitzustellen. Der Bundesfinanzminister hat Presseberichten zufolge dieses Entgegenkommen mit dem Vertrauen darauf begründet, daß die Mittel später durch das Straßenbaufinanzierungsgesetz zusätzlich aufgebracht werden. Seit Wochen aber bleibt dieses Straßenbaufinanzierungsgesetz im Kabinett unerledigt hängen.

Wenn man nach den Gründen forscht, kommt man zu Ergebnissen, die ebenso erstaunlich wie erschreckend sind. Es kann nicht bestritten werden, daß die Bundesregierung dieses Straßenbaufinanzierungsgesetz nicht vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz verabschieden will, weil sie für die Regierungsparteien sonst unangenehme Rückentwicklungen bei der Wahl befürchtet. Erst in der nächsten oder übernächsten Kabinettsitzung, also nach den Landtagswahlen, soll die Vorlage verabschiedet werden. Dann ist die Gefahr einer Beeinflussung des Wählers durch ihm unangenehme Steueranforderungen nach Auffassung der Regierungsparteien und der Bundesregierung beseitigt; damit ist einmal mehr der Beweis dafür erbracht, daß die Haushaltspolitik der Bundesregierung parteipolitische Rücksichtnahmen sachlicher Notwendigkeiten voranstellt.

Die Hoffnungen des Bundesfinanzministers, daß die von ihm durch Bindungsermächtigungen bereitgestellten rund 200 Millionen DM später durch das Straßenbaufinanzierungsgesetz zusätzlich aufgebracht werden, können durch die verspätete Verabschiedung dieses Gesetzes zu Fall. Es sieht ganz danach aus, als ob die Wirksamkeit des geplanten Straßenbaufinanzierungsgesetzes erst zum 1. Januar 1960 in Kraft treten wird, so daß nicht einmal 1/4 der erwarteten 490 Millionen DM dem Haushalt 1959 zufließen und die von dem Bundesfinanzminister erhoffte Deckung für die Bindungsermächtigung über 200 Millionen DM bestenfalls nur etwa zur Hälfte erfolgen wird.

Der Bund hat für den Bau von Bundesstraßen und von Autobahnen in den letzten acht Jahren insgesamt 4,3 Milliarden DM ausgegeben.

Er hat in der gleichen Zeit etwa 12,5 Milliarden DM aus der Mineralölsteuer, aus dem Mineralölzoll und aus der Beförderungssteuer eingenommen. In erschreckendem Ausmass wurden diese Beträge dem Straßenbau entzogen. Wir haben hierdurch eine Entwicklung zu erwarten, die zum Aufsehen mahnt.

Dr. Rudolf Semmler wies vor kurzem darauf hin, daß z.B. im Jahre 1958 in der Bundesrepublik 600 000 Personenwagen neu neu zugelassen wurden. Eine Zahl, die wie Semmler schreibt, einer doppelseitig vollgestellten Straßenstrecke von fast 1000 km entspricht. In der gleichen Zeit entstanden nur 150 km neue Straßen. Das Gebiet der Bundesrepublik wird, wie in der Zeitschrift "Europäischer Straßenbau" vor kurzem ausgeführt wurde, von 19 anerkannten Autobahnstraßen von einer Länge von 5649 Straßenkilometern durchzogen. Im Jahre 1957 sind 23,4 Millionen Kraftfahrzeuge über die deutschen Grenzen gefahren. Von Tag zu Tag steigt die Zahl der zugelassenen motorisierter Fahrzeuge. Von Tag zu Tag massiert sich der Verkehr von Lkw's und Pkw's auf den deutschen Bundesstraßen und den deutschen Autobahnen sowie auf den Landstraßen 1. und 2. Ordnung mehr und mehr. Die erschreckende Untätigkeit der Bundesregierung muß sich in absehbarer Zeit bitter rächen. Die Meinung, daß eine vernünftige Straßenbaufinanzierung einen Schlüssel zur Sicherung einer Dauerkonjunktur sei, trifft an sich nur bedingt zu. Sie wird unheilbar erschüttert, wenn nicht endlich Massnahmen erfolgen, die dem Straßenbau geben, worauf er zwingend angewiesen ist.

Es ist die ganze Art der Bundesfinanzpolitik von heute, die zu solchen Ergebnissen führt. Der Aufwand von rund 1,2 Milliarden DM für das Sparprämiengesetz, der Steuergeschenke zugunsten von Personen bringt, die darauf nicht gerade dringend angewiesen sind, wäre, um nur ein Beispiel zu nennen, besser dem deutschen Straßenbau zugute gekommen. Schon heute besteht die begründete Befürchtung, daß im Rechnungsjahre 1959 im ganzen gesehen für den deutschen Straßenbau weniger Mittel bereitstehen werden, als im Vorjahr ausgegeben werden konnten.

-----+-----+-----+-----  
Verantwortlich: Günter Markschefel